



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 9. Juni 1887.

Nr. 261.

## Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Die Nachrichten über das Befinden des Kaisers sind, wie allgemein verlautet, günstig. Die katarrhalische Affektion hat sich insoweit gebessert, daß der Kaiser heute außer Bett sein konnte.

Der Hofbericht meldet:

Der Schlaf Seiner Majestät des Kaisers war in der vergangenen Nacht öfters unterbrochen. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung.

Der Kronprinz fuhr gestern Vormittag 8 Uhr mit der Prinzessin Tochter Viktoria von Potsdam nach der Station Wannsee und von dort zu Wagen nach Charlottenburg. Dort besuchten sie zur Gedächtnisfeier des Sterbetages König Friedrich Wilhelm III. das Mausoleum und kamen dann nach Berlin, wohin die Kronprinzessin um 10 Uhr von Potsdam direkt gefahren war. Nach einem Besuche bei dem Kaiser erfolgte um 1 Uhr die Rückfahrt nach Potsdam. Endgültige Dispositionen über die Reise der kronprinzlichen Familie nach England sind auch bis zum heutigen Tage noch nicht getroffen.

Die Kaiserin empfing gestern in Baden-Baden den Besuch des Großherzogs, sowie des Erbprinzen und der Erbprinzessin von Baden.

Die Reisebedingungen des Fürsten Bismarck haben eine abermalige Veränderung erfahren, und gilt es als wahrscheinlich, daß der Reichskanzler vor der Entscheidung des Reichstags über die Steuergeetze Berlin nicht verlassen wird.

Die Branntweinsteuer-Kommission des Reichstags hat heute ihre Arbeiten beendet. Bezüglich der Frage der Nachsteuer wurde entsprechend einem von Vertretern aller Parteien — mit Ausnahme der deutschfreisinnigen — unterstützten Antrage beschlossen: Aller am 1. Oktober 1887 innerhalb des Gebietes der Branntweinsteuer-Gemeinschaft im freien Verkehr befindliche Branntwein unterliegt der Verbrauchsabgabe in Form einer Nachsteuer von 0,30 Mark für das Liter reinen Alkohols. Von der Nachsteuer befreit bleibt: 1) Branntwein zu gewerblichen, wissenschaftlichen, Heilungs- oder Beleuchtungswecken; 2) Branntwein in Mengen von nicht mehr als 10 Litern. — Ferner wurde beschlossen, die Maßraumsteuer vom Tage der Publikation des Gesetzes bis zum 1. Oktober d. J. (dem von der Kommission heute beschlossenen Einführungs-Termin desselben) um das Dreifache zu erhöhen. Das Gesetz wurde darauf im Ganzen mit allen gegen 5 Stimmen in der von der Kommission beschlossenen Fassung angenommen.

In der Zundersteuerkommission des Reichstags wurde gestern Abend die Debatte über die dringlichen §§ 2, 3 und 6 der Vorlage fortgesetzt und schließlich der Antrag Meyer Halle (Konsumsteuer von 12 Mark und Streichung der Exportbonifikation) mit 26 gegen 2 Stimmen abgelehnt; auch Abg. Dr. Witte (freij.) stimmte dagegen. Der Antrag Nobbe und v. Kardorff (Verbrauchsabgabe 20 Mark u. und offener Ausfuhr-Prämie) fiel mit 6 gegen 22 Stimmen. Die §§ 2 und 3 der Regierungsvorlage wurden sodann unverändert mit 23 gegen 5 Stimmen angenommen, ebenso § 6 (Exportbonifikation) mit 20 gegen 8 Stimmen.

Das englische Unterhaus nahm heute Nacht nach längerer Debatte mit 211 gegen 83 Stimmen den dritten Artikel der irischen Strafrechtsbill an, welcher die Einführung besonderer Geschworenengerichte für gewisse Fälle vorsieht. Sammtliche Amendements wurden verworfen.

Die Erledigung dieser drei Artikel hat in Folge der Gladstone-Parnellitischen Obstruktionspolitik eine lange Reihe von Wochen in Anspruch genommen, welche für die laufende gesetzgeberische Arbeit fast ganz verloren gegangen sind; von der Inangriffnahme irgend eines der längst hier notwendig erkannten Reformgesetze konnte selbstverständlich nicht die Rede sein.

Die Parnellitische Aufhebung der irischen Pächter zu Gewaltthätigkeiten dauert fort. Michael Davitt hielt vorgestern eine Rede in Swords bei Dublin. Seine kühnen Äußerungen in Boyle, in welchen er den irischen Pächtern bewaffneten Widerstand gegen die Gutsherren und die für dieselben eintretenden Behörden empfahl, meinte er, möchten einige seiner radikalen englischen Freunde erschreckt haben, allein er könne

sie nicht zurückziehen und müsse sich weigern, englische Sympathien durch irische Feigheit zu erkaufen. Sobald die Verbrechenbill Gesetzeskraft erlangt habe, so solle man das Boyottverfahren in Anwendung bringen und jeden, welcher eine Denunziation einreichte, wie ein Denunzianten gebühre, behandeln.

Auch in Rumänien herrscht wegen des russischen Ullas vom 24. Mai große Aufregung, da durch denselben viele rumänische Unterthanen, welche in Bessarabien Besitzungen haben, getroffen werden. Die rumänische Regierung ist, nach Meldung Wiener Blätter aus Bukarest, entschlossen, Retorsion zu üben, und zwar den Artikel 3 der rumänischen Konstitution anzuwenden, welcher überhaupt jeden Erwerb von Grund und Boden durch einen Ausländer, selbst durch Erbfall, ausschließt.

Die zweite Kammer des Großherzogthums Baden verwies gestern die Vorlage wegen des Baues strategischer Bahnen an eine Kommission von 13 Mitgliedern. Man erwartet den Schluß des Landtages am Montag.

Aul Kiel wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Das schwedische Kanonenboot „Eda“, Kommandant Prinz Oskar, Herzog von Gotland, hat gestern den Kieler Hafen wieder verlassen. Die schwedischen Gäste haben dort eine sehr freundliche Aufnahme gefunden. Prinz Oskar wurde nicht nur bei der Kanalfahrt in besonderer Weise ausgezeichnet, auch am 6. Juni, dem Vermählungstage seiner Eltern, flaggten die deutschen Kriegsschiffe über den Toppfen und Prinz Oskar war mit seiner Begleitung Gast beim Prinzen Heinrich, welcher zu Ehren des Tages ein Galadiner gab. Offiziere und Mannschaften des schwedischen Kriegsschiffes sprachen sich über den Besuch in Kiel hochbefriedigt aus, und die guten Eindrücke, welche sie von unserem Ostseefriegshafen mitgenommen haben, werden in Schweden weiterwirken. Wenn man dem schwedischen Besuche auch keine besondere politische Bedeutung beimessen darf, so ist er doch eine Bekräftigung der deutschfreundlichen Politik König Oskars. Dieser Umstand erklärt es, daß der dänische Chauvinismus über die Teilnahme eines schwedischen Prinzen an den Kiel-Holtenauer Festlichkeiten keineswegs erfreut ist. Er wagt seinem Unmuth nicht offen Ausdruck zu geben; an allerlei kleinen Zeichen ist er aber leicht zu erkennen. Nur die dänische Linkenpresse macht eine Ausnahme, sie hat versucht, die Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals objektiv zu würdigen. Es kann ja keinem Zweifel unterliegen, daß nach seiner Fertigstellung die Bedeutung der Sundpassage sehr erheblich vermindert wird. Für Schweden liegt die Sache ganz anders, es gewinnt für seine Schifffahrt eine zweite Durchfahrt und für seine Produkte neue Absatzgebiete.

Französische Blätter lassen sich aus Petersburg melden, die russische Kaiserfamilie werde zum 7. September, dem 70. Geburtstag der Königin Luise von Dänemark, am Hofe in Kopenhagen eintreffen und dort einige Zeit verweilen. Die Richtigkeit dieser Meldung vorausgesetzt, würden, so meint die „Köln. Ztg.“, die Gerüchte über eine Begegnung des Zaren mit dem Kaiser Wilhelm etwa um jene Zeit an einem andern Orte neue Nahrung schöpfen. Diese Gerüchte bedürfen noch immer der Bestätigung. Man erinnert sich inzwischen, daß die Kaiserbegegnung in Skiernewice Mitte September 1884 stattfand und mehrfach in beglaubigter Weise verlautet hat, daß das damals vereinbarte Einvernehmen noch nicht abgelaufen sei, sowie daß die Frage der etwaigen Erneuerung jenes Verhältnisses im Laufe dieses Jahres schon vor einiger Zeit die Aufmerksamkeit gefesselt hätte.

Wie man der „Voss. Ztg.“ aus Paris meldet, bestätigt Oberst Fürst Polignac, im Jahre 1875 französischer Militärattache in Berlin, in einer Zuschrift an den „Figaro“ die Behauptungen des Generals Lefo und verspricht seinerseits „weitere Enthüllungen“.

Ein Reuter'sches, also in deutschen Kolonial-Angelegenheiten verdächtiges Telegramm meldet aus Sansibar vom 6.:

„Nachdem die Nachricht hier anlangte, daß Dr. Karl Peters, der Vertreter der deutschen ostafrikanischen Gesellschaft, Soldaten in Dar-es-Salaam angeworben habe und die Unterthanen

des Sultans zwingen, Verträge mit ihm zu unterzeichnen, fuhr der deutsche Konsul an Bord eines Kriegsschiffes dahin ab, um persönlich den Thatbestand festzustellen. Die Nachrichten erwiesen sich als begründet. Die Truppenabtheilung erhielt in Folge dessen den Befehl, Dar-es-Salaam zu verlassen. Dr. Karl Peters wird die Schaar wahrscheinlich nach Pangani führen, wo weitere Störungen befürchtet werden.“

Dar-es-Salaam ist einer der Häfen, in denen, während sie nicht zum Gebiete der ostafrikanischen Gesellschaft gehören, ihr doch verhältnismäßig die Zollverwaltung überlassen hat.

Der Statthalter Fürst Hohenlohe wohnte vorgestern mit dem Unterstaatssekretär Bad der Forstversammlung in Kayersberg im Elsaß bei. In einer Rede beim Festmahl äußerte er:

„Wenn ich die Forstbeamten hier überblicke, so sage ich mir, daß sie das besondere Interesse des Statthalters und der Regierung verdienen. Denn sie sind die Träger des deutschen Gedankens in diesem Lande. Ihre Verdienste heißen besonders Berücksichtigung und Schutz, weil Sie, mitunter allein stehend inmitten einer wenig sympathischen Bevölkerung, den deutschen Gedanken pflegen und die deutsche Ehre hochhalten. Ihnen gilt mein Glas. Sie können darauf rechnen, daß Sie bei mir in allen diesen Bestrebungen stets den Schutz finden werden, welchen Sie verlangen können und den ich gewähren kann.“

Das klingt nicht so, als ob der Fürst demnächst seinen Statthalterposten aufgeben wollte, wie behauptet worden war.

Der ungarische Minister für Landesverteidigung Jesteröy erstattete gestern vor seinen Wählern einen Rechenschaftsbericht und wies dabei auf die auch von dem Monarchen anerkannte Opferwilligkeit hin, welcher nicht zum geringen Theile die Erhaltung des Friedens zu verdanken gewesen sei. Er, der Minister, mache einen Unterschied zwischen Ideen, welche verwirklicht werden könnten und augenblicklich, handgreiflichen Uebertreibungen, die zu keinem Ziele führen könnten, weil die politische Nation ihre Verwirklichung verweigere; er werde sich im Bewußtsein seiner Verantwortung in seiner Ueberzeugung durch nichts wankend machen lassen, obgleich er für die ungarischen Interessen ein ebenso warmes Herz habe, wie irgend ein Anderer.

Der Minister zielte mit diesen Bemerkungen jedenfalls auf diejenigen, welche eine völlig gesonderte ungarische Armee mit ungarischer Kommandosprache forderten und der Regierung, weil sie mit solchen Forderungen nicht Schritt zu halten vermag, Vorwürfe machen.

Die zum Schutz gegen den Angriff von Torpedobooten jetzt allen größeren Schiffen beigegebenen Revolverkanonen entbehren in ihren Geschossen der genügenden Durchschlagskraft, um selbst für den Fall des Einschlagens derselben, jene schlimmen Feinde gleich unmittelbar außer Gefecht zu setzen. Zum Ersatz dieser Geschosse ist neuerdings, wie jüngst hier schon berichtet wurde, von dem Krupp'schen Etablissement eine 8.4 Zentimeter schnellfeuernde Schiffskanone konstruirt worden, für welche die mit einer Einheitspatrone, in der sich Geschoss und Ladung vereinigt befinden, erzielten Schußresultate in dem Krupp'schen Schießbericht Nr. 67 vor Kurzem veröffentlicht worden sind. Nach diesem Bericht stehen die mit diesem Geschoss sowohl in der Feuergeschwindigkeit, wie in der Treffsicherheit und Durchschlagskraft erzielten Ergebnisse hoch über Allem, was bisher in dieser Beziehung erreicht worden ist. Es ist gelungen, auf 400 Meter Entfernung 10 Schuss sammtlich in eine Torpedobootspitze einschlagen zu lassen, welche als Zielscheibe diente, in Betreff der Feuergeschwindigkeit aber 22 gezielte Schuss in der Minute abzugeben. Die mit 1.6 und 1.7 Kilogramm Pulverladung verfeuerten Geschosse von je einem Gewicht von 7 Kilogramm haben dabei eine 30 fanggeschwindigkeit von im Mittel 4306 Meter erreicht, welche jedoch nach dem 22 mal 7 Kilogramm Geschosse auf das 15. mal 22 mal 80,000 = 1,760,000 Gramm lebendiger Kraft zu 3000 Meter so überaus kräftigen Geschosse

kein Boot zu widerstehen vermöchte. Die Bedienung dieses neuen Geschüßes kann erforderlichenfalls durch einen Mann erfolgen, welchem jedoch besserer Zweckmäßigkeit halber noch zwei Mann, der eine zum Oeffnen und Schließen des Verschlusses, der andere zum Herzutragen der Munition beigegeben werden. Die durchaus eigenartige Lafettirung des Geschüßes gestattet, mit demselben bei fortgesetzter Drehung durch Hebung und Senkung des Rohrs jeden beliebigen Punkt eines vollen Halbkreises bis auf 1000 Meter Entfernung unausgesetzt unter Feuer zu halten. Die Höhen- und Seitenabweichungen der Geschosse haben sich selbst bei der letztangegebenen Entfernung nur zu 0.40 resp. 0.21 Meter, also kaum nennenswerth ausgewiesen.

In der französischen Presse spuken wieder allerhand Spionen-Geschichten. Die „Justice“, das Organ Clemenceaus, läßt sich unter dem 6. Juni aus Spincourt, Departement Meuse, berichten, daß dort ein Deutscher wegen Spionage verhaftet und nach Montmedy transportirt sei. Der festgenommene „Brüssler“ hätte als Vorwand für seine verdächtigen Spaziergänge und Nachforschungen angegeben, er wolle sich aus purer Neugier selbst ein Bild von der zukünftigen Schlacht bei Spincourt machen, über welche vor Kurzem ein Bericht in einer Pariser Zeitung erschienen sei. Indessen, heißt es in der Notiz, seien in seinen Briefschaften eigenartig kenographirte Mittheilungen gefunden worden, welche über seinen Charakter als Spion keinen Zweifel bestehen ließen. Außer diesem lebenden Spion der „Justice“ ist den Franzosen, wie alle Zeitungen triumphirend melden, vor einigen Tagen noch ein todt in die Hände gefallen. Man hat nämlich bei einem der mit dem Dampfer „Cham-pagne“ verunglückten Passagiere eine große Karte von Frankreich gefunden, auf der die wichtigsten Hafenplätze und Verteidigungspunkte mit verschiedenfarbigen Strichen markirt waren. Da der Name des Unglücklichen weislich verschwiegen wird, und selbst die chauvinistischen Organe außer dieser Karte dem Tohten keine verdächtigen Papiere anzudeuten vermochten, so wird wohl die Annahme gestattet sein, daß es sich um irgend einen englischen oder deutschen, vielleicht selbst französischen Handlungsreisenden handelt, der seine Route sich auf der Karte angezeichnet hatte und der deshalb den edelmüthigen Franzosen die seltene Gelegenheit bot, einen Spion zu entdecken, der sich gegen den wider ihn erhobenen Verdacht wegen Ablebens nicht verteidigen kann.

Aus Metz wird der „Nat.-Ztg.“ geschrieben: Es ist neuerdings mehrfach in der Presse darüber Klage geführt worden, daß die Straßburger Universität für die moralische Erziehung der jüngeren Generation der Elsaß-Lothringer bisher nicht das geleistet habe, was man bei der Begründung der neuen Hochschule erwartete. Aber wie hätte sie es thun sollen, wenn in Folge der Fehler in der Unterrichtsverwaltung der niederen und mittleren Schulen die elsässischen Schüler bereits mit völlig fertigen politischen Anschauungen zur Universität kommen und sich gegenüber den Professoren persönlich und sachlich ebenso ablehnend verhalten, wie etwa die ultramontan erzogenen Rheinländer gegenüber der Bonner Universität! Uebrigens ist zu bemerken, daß auch eine gelegentlich empfohlene Vorlesung, wonach jeder elsässische Student eine Anzahl Semester an einer rechtsrheinischen Universität studiren müßte, nichts helfen würde. Gerade die fanatischsten Mitglieder der „Sunbgoia“ hatten auch gegen rheinische Universitäten besucht. Aber, von den fern, welche rechtsrheinische Universitäten Leben zu pflegen dort zusammenzuwischen verlangen, die übrigen Studenten zu studiren, würde also nichts führen, wie es wäre es weit wirksamer, wenn Elsaßler, gegen die jungen Elsaßler nach der Aufhebung des Staatsexamens zunächst ihre Ausbildung in einem rechtsrheinischen Lande erzielten. Die jungen Leute würden dann vielfach dort ihre Bräute nehmen, und es würden sich also jene Familienbeziehungen mit Deutschland knüpfen, die bislang nur mit Frankreich bestanden, und deshalb ein so großes Hinderniß sind für das rasche Fortschreiten der Germanisirung. Auch wo



Der rechtsrheinischen Umgebung dauernd auf sie wirken.

Musland.

Wien, 7. Juni. Nach einer Pariser Meldung der „Polit. Corr.“ wünscht Frankreich angesichts des englisch-türkischen Abkommens die Einberufung einer europäischen Konferenz, während England eine solche zu vermeiden trachtet.

Die Pforte sandte ihren Botschaftern neue Weisungen, welche dahingehen, dieselben möchten ihre Bemühungen in der bulgarischen Frage fortsetzen.

Paris, 6. Juni. Die Abwesenheit Greys beim gestrigen Wettrennen wird heute vielfach besprochen. Man findet allgemein, daß er Unrecht gehabt, dem beliebtesten Pariser Volksfest, bei dem sich alle Parteien ohne Unterschied einfinden und welchem seit 1863 jedesmal das Staatsoberhaupt vorstand, fern zu bleiben. Nur die „Lanterne“ und „Intransigeant“ greifen jedoch Grey scharf und grob an. Sie behaupten, er sei nicht gekommen, weil er gewußt habe, daß Boulanger kommen werde, und deshalb besorgt habe, man werde Kundgebungen gegen ihn machen. Boulanger erschien in der That auch beim Wettrennen, trat aber ziemlich zurückhaltend auf: er kam in einem geschlossenen Wagen, trug einen einfachen schwarzen Ueberrock und hatte kein einziges Ordensband angelegt. Das Publikum ließ ihn während des Rennens auch ganz unbeachtet. Nur bei dem hinter der Rennbahn liegenden großen „Wasserfall“ ertönten einige Hochrufe auf ihn; in der Nähe des Triumphbogens der elyseischen Felder erlangte dieser Ruf von Neuem aus einer dichten Gruppe, aber er fand, obgleich der General noch rechts und links sehr freundlich grüßte, keinen Widerhall. Uebrigens ist bei den Pariser von Boulanger kaum noch die Rede.

Ein Theil der Radikalen, der die Auflösung fürchtet, hat sich von Clemenceau und seinen Freunden getrennt, so daß Rouvier heute auf eine republikanische Mehrheit von 30 bis 50 Stimmen zählen kann. Wenn keine besondern Ereignisse eintreten, wird also voraussichtlich einstweilen alles ruhig und glatt ablaufen.

Wie verlautet, hält der neue Kriegsminister, General Ferron, die Einrichtung einer Kolonial-Armee für wünschenswerth.

Wie der „Temps“ mittheilt, wird die Torpedoschiffs-Division sofort aufgelöst werden. Sechs Torpedoschiffe werden dem Mittelmeergeschwader beigegeben. Die übrigen suchen ihre betreffenden Häfen auf und werden in die Reserve gestellt. In seemannischen Kreisen heisst es, daß der Marineminister, auf den die letzten Seemanöver aufflarend gewirkt hätten, die Torpedoschiffe ihrer wahren Rolle, der Vertheidigung der Küsten, zurückgeben werde.

Paris, 6. Juni. Wird die Militärvorlage von der Deputirtenkammer angenommen werden? In den ersten zwei Sitzungen traten bei der allgemeinen Verhandlung fast nur Mitglieder der Rechten auf, in militärischen Fragen erfahrene Redner, und diese sprachen sämmtlich gegen den Entwurf Boulanger's. Die ausgiebigste Rede war die von Martimprey, der heute Morgen in der Parteiverammlung der royalistischen Rechten für seine am Sonnabend gehaltenen Rede beglückwünscht wurde. In dieser Versammlung hielt der Vorsitzende Larocheffoucauld-Bisaccia eine Anrede, worin er die Nothwendigkeit festen Zusammenhaltens der Rechten darlegte, um die höhern sozialen, volkswirtschaftlichen und religiösen Interessen in Schutz zu nehmen. Dieser Aufruf gilt zunächst der Bestimmung der Militärvorlage: Gleichzeit war der Dienstantritt fälschlich auch Dienst der

Seminaristen und Lehrer; Johann der drohenden Trennung zwischen Staat und Kirche, die vom Konfessionsausschuß beantragt werden wird, indeß mehr Geschrei als unmittelbare Gefahr für die Gleichheit bringt. Denn der Schritt selbst ist entschiedene Sache, aber Goblet hat wiederholt erklärt, in der jetzigen Kammer sei keine Mehrheit für die Scheidung aufzufinden. Die Gleichheit der Kosten, welche Boulanger verlangt, wird im "Journal des Debats" als Unsinn bezeichnet: „Soziale Privilegien werden hier stets unvermeidlich sein.“ Dasselbe Blatt führt die Beliebigkeit der drei- anstatt der fünfjährigen Dienstzeit so auf: das französische Volk fand im ersten Schreden nach 1870—71 die allgemeine Dienstpflicht auf fünf Jahre ganz in der Ordnung; nach und nach aber vernünftigte sich jener erste Eindruck, es trat eine Erschlaffung ein, und diese wurde von einigen Radikalen als vortreffliches Wahlmittel benutzt, um für ihre Partei Kapital aus dem Wapfspruch zu schlagen und den Wählern die Frage zu stellen: „Wollt ihr lieber fünf oder drei Jahre dienen?“ Man griff den Franzosensinn in seinem revolutionären Jozp an: als: die Seminaristen, die Studenten und So. So kam es, daß Gambetta Arbeiter, vor allem Dienstzeit ein instrumentum regis in Fortschritt! allerlei Listen und Umtrieben zur Förderung der Erneuerung zu beilen, die aus langer Hand zu bereiten werden muß und zu der eine Menge Vorbedingungen erst gelöst sein wollen, wenn sich gute Früchte tragen soll. Es geschah es, daß der Wahn der Gleichmacherei selbst die sonst weiter sehenden Augen blendete. Der Fortschritt liegt laut den „Debats“, darin, daß ein militärisches Problem nicht auch zugleich ein soziales ist; ein Heer wird geschaffen, um das Land möglichst gut zu verteidigen, und nicht, um den Jünglingen aus den verschiedensten Berufen einzutreiben.

alles über einen Kamm zu scheeren. Also: auf dem Aushängeschild der jetzigen Gesetzbibliothek steht: „der Kriegsdienst gleich für alle“, aber ist das gleiche Dauer, wenn die einen drei Jahre (Artikel 40), die anderen zwei (Artikel 49) dienen sollen? dieser Dienst, von dem 15 Prozen des Kontingents in Friedenszeit befreit werden (Artikel 38)?“ Die „Debats“ warnen die Kammer, ihre Beschlüsse nicht zu übereilen und nicht zu vergessen, welche Folgen die Bestimmungen des Militärgesetzes nicht bloß für das Heer, sondern auch für das Land überhaupt haben werden. Es wäre kein Schaden, wenn das Militärgesetz in dieser Session noch nicht zu Stande käme. Aber die Rechte und die gemäßigten Republikaner werden mit ihrem Mißtrauen erst recht den Eifer der republikanischen Linken, und wie es bisher den Anschein hat, steht Nouvier mit Ferron in dieser Frage ganz auf Clemenceaus und Boulangers Seite. Die Boulangeristen scheinen aber nicht zu wissen, daß es keine absolut vollkommene Verfassung giebt, weder der Regierung noch des Heeres: die beste Heeresverfassung für jedes besondere Land ist die, welche den Eigenschaften und Neigungen jenes Volkes und den besonderen Vorbereitungen im Staate am besten entspricht, und aus diesem Grunde wird vieles Gift für Franzosen, das Lebenskraft für Deutsche ist. Und dann: Gut Ding will Weile haben! Was sich seit Scharnhorsts Reformen unter der geschickten Pflege des Prinzen Wilhelm bis zu der Gegenwart des großen Kaisers und Königs Schritt für Schritt und unablässig organisch entwickelt hat, das läßt sich im Fluge zwar — nachmachen, aber es ist dann auch darnach.

London, 6. Juni. Mit dem Ablaufe der parlamentarischen Pfingstferien rückt der Augenblick der Vorlage des türkisch-englischen Abkommens heran; nur scheint sich in Konstantinopel eine russisch-französische Wetterwolke über dasselbe entladen zu haben. Graf Montebello und Herr v. Nelidow bestürmen Sultan und Großvezir mit Vorwürfen: sie gäben Egypten preis, auch habe der Großvezir 80,000 Pfund türkisch und der Kammerherr einen ähnlichen Badschisch von England erhalten. Sir H. Wolff wurde daraufhin stürmisch nach der Hohen Pforte beschiedes, während der Sultan seinen Kammerherren ins Gebet nahm, der natürlich die Bestechung ableugnete. Nelidow verlangt die Absetzung des Großvezirs Kiamil Pascha und die Verwerfung des Abkommens, und um letzteres dem Sultan einleuchtend zu machen, wies Montebello auf einen ähnlichen Fall in Frankreich hin, als die Kammer den Handelsvertrag mit Italien verwarf. Der Vergleich paßt schlecht, hier vernichtete die Volksvertretung einen Akt des Kabinetts, während dort in Konstantinopel der Sultan seine eigene That rückgängig machen soll. Inzwischen hat der Sultan allerdings schon zweimal den Ex-Großvezir Said zu sich bestellt; aber White und Wolff behalten einstweilen das Oberwasser. Inbessen ist das Schleusenthor russischer und französischer Zettelungen eröffnet; jene arbeiten mit Hochdruck sowohl in Konstantinopel wie an der afghanischen Grenze.

Die türkischen Botschafter im Auslande thun ihr möglichstes, um den Meinungsaustrausch der Mächte betreffs der bulgarischen Fürstenwahl zu beschleunigen. Rußland besteht aber auf der Nothwendigkeit der Regentenabbanlung, und daher ist jeder Fortschritt unmöglich. Die bulgarische Regierung verliert ansehend den Ex-Fürsten Alexander nicht aus dem Auge; Major Popow hat ihn auf seiner Brautreise in Darmstadt besucht, soll aber über das leidende Aussehen des Fürsten sehr betroffen gewesen sein.

## Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. Juni. Gestern beging der königliche Oberförster Stumpf aus Grünhaus bei Treptow die Feler seines 50jährigen Dienstjubiläums und fand aus diesem Anlaß im „Hotel de Prusse“ eine Festlichkeit statt. Am Vormittag überbrachte eine Deputation, bestehend aus den Herren Regierungs-Präsidenten v. Sommerfeld, Oberförstermeister v. Varendorff und Forstmeister Leo, dem Jubilar die offiziellen Glückwünsche, wobei der Herr Regierungs-Präsident den von Sr. Majestät verliehenen Adler-Orden 3. Klasse überreichte. Nachmittags fand ein Diner von ca. 40 Gedecken statt.

— Um die Zeitschrift des Riesengebirgsvereins „Der Wanderer im Riesengebirge“, welche durch ihren die verschiedensten wissenschaftlichen Gebiete berührenden Inhalt auch weitere Kreise interessieren dürfte, allgemein zugänglich zu machen, ist von Seiten der hiesigen Sektion des R. G. V. die Einrichtung getroffen worden, daß ein Exemplar des genannten Blattes von jetzt an regelmäßig im Lesezimmer des Lesevereins im Konzerthause anliegt. Aus dem reichen Inhalt der letzten Nummern, welche bereits dort einzusehen sind, heben wir folgende Abhandlungen hervor: Gletscherstudien im Riesengebirge von Dr. Scholz-Hirschberg. — Blüthschläge im Riesengebirge von Professor Dr. Reimann. — Das Riesengebirge ohne seine Käfer. — Zur Molluskenfauna des mittel-Elbes. — Das Hochgebirge als Heil-Berlin. — Schwindsucht von Dr. Guttmann-Gebirge von Fr. Karische Plauderei über unsern unter Friedrich Wilhelm Aemwald. — Hirschberg beim III. von Bürgermeister L. Friedrich Wilhelm (Fortsetzung früherer Veröffentlichungen Hirschberg unter Friedrich dem Großen). — über birgs- und Dorfrufen Vereine von Sturm-Goldberg. — Stimmungsbilder aus unseren Bergen von Dr. Regell. — Die Nummer 56 enthält

außerdem den in vielen Beziehungen interessanten Jahresbericht des Zentral-Vorstandes über die Vereinsthätigkeit während des Jahres 1886.

— Zur Verhütung und gleichzeitig auch zur Vorsicht mahnend, hat der Verein der Aerzte in Düsseldorf Folgendes veröffentlicht: „In letzter Zeit bringen die Tagesblätter sehr häufig Erzählungen von Blutvergiftungen nach scheinbar unbedeutenden Verletzungen. Das eine Mal ist es der Stich der Nadel, mit welcher ein bunter, natürlich mit giftiger Farbe gefärbter Stoff genäht worden ist; das andere Mal der Stich mit einer Feder, welche mit arsenikhaltiger Tinte versehen war. Hier ist es eine kleine Abschrägung am Wein, die durch einen farbigen Strumpf infizirt wurde, doch eine Schnittwunde, die man mit Briefmarkenpapier oder anderem giftigen Material beklebt hat. Mit besonderer Vorliebe springen Theile von Streichholzspößen in offene Wunden oder verursachen auch Brandwunden, welche dann, weil der giftige Phosphor hineingeriet, die Quelle einer Blutvergiftung abgeben, in Folge deren die Finger einer Hand, ja, ein ganzer Arm amputirt werden mußten! Durch derartige Berichte wird das Publikum in hohem Grade ängstlich gemacht, ja, bei einer vorkommenden Verletzung oft in die größte Aufregung versetzt. Und das ohne jeden Grund. Alle diese Erzählungen beruhen auf völlig falscher Beurtheilung des betreffenden Falles. Wahr ist es, jede Wunde, auch die unbedeutendste, kann der Eingangspunkt einer Blutvergiftung werden; aber die Gifte, welche eine solche hervorgerufen können, sind ganz anderer Natur und dem Publikum als Gifte gewöhnlich nicht bekannt. Es sind die Zersetzungstoffe, welche beim Faulen, Verwesens, Gären u. s. w. thierischer und pflanzlicher Stoffe sich bilden, und welche in jedem Schmutz, ja in jedem Staube und somit in der ganzen Atmosphäre in großer Menge enthalten sind. Gifte, wie Phosphor, Arsenik, Blei, Säuren u. s. w., sind Wunden in dieser Weise nicht schädlich. Der brennende Phosphor wird gar nicht vom Körper aufgenommen, da er selbst durch die Bildung des Brandschorfes die Haut, beziehungsweise die Wunde dazu unfähig macht. Ausgedehnte Phosphorverbrennungen in tiefen Wunden, bei Explosionen in Laboratorien sind unschädlich verlaufen. Arsenik, Kupfer, Blei u. s. w. werden in so außerordentlich geringer Menge selbst unter den günstigsten Verhältnissen ins Blut gelangen, daß von einer Vergiftung gar nicht die Rede sein kann. Das Briefmarkenpapier enthält keinerlei Gift. Ganz anders wirken die sogenannten septischen oder Infektionsstoffe, die der Fäulnis u. s. w. entspringen. Da genügt die Aufnahme einiger nur mikroskopisch sichtbarer Theilchen in die Wunde, um bei der Verührung mit der Wundabsonderung oder dem Blute im ungünstigsten Falle auch dieses in Zersetzung zu bringen, eine Zersetzung, welche erfahrungsgemäß nicht nur örtlich rasch um sich greift, sondern auch bald in den inneren Organen sich bemerkbar macht und oft eine rasche Auflösung zur Folge hat. Zum Glück besitzt übrigens der menschliche Körper gegen diese Infektionskrankheiten eine ziemlich große Widerstandsfähigkeit, so daß bei weitem nicht jede Wunde dieser Gefahr erliegt. Es gehört dazu ein gewisser Grad Vernachlässigung und Unreinlichkeit oder eine gewisse Disposition. Wir wiederholen es, die Gefahr der Blutvergiftung beim Eindringen von „Giften“ in zufällige Wunden ist nicht vorhanden. Wohl aber ist es der Vorsicht gemäß, auch kleinste Wunden zu beachten und dieselben von Anfang an vor allem mit peinlicher Reinlichkeit zu behandeln.“

— Schwurgericht. Sitzung vom 8. Juni. — Anklage wider den Arbeiter Johannes Dettweiler von hier wegen Raubes.

Am Abend des 13. November v. S. wurde die Arbeiterin Elise Langhabel, von der Arbeit kommend, in der Apfelallee — an der Ecke der Hospitalstraße — von zwei Männern überfallen, zu Boden geworfen und ihr aus der Tasche das Portemonnaie mit einem Zweimarkstück gerissen. Die Langhabel wollte in einem der Angreifer den Dettweiler mit Bestimmtheit wiedererkannt haben und wurde deshalb gegen denselben Anklage wegen Raubes erhoben. In der heutigen Verhandlung ergab die Beweisaufnahme so wenig Belastendes gegen Dettweiler, daß der Vertreter der Anklage, Herr Staatsanwalt Mertens, selbst das Nichtschuldig anheimstellte. Die Geschworenen gaben auch nach kurzer Beratung ihr Verdict dahin ab und erfolgte demgemäß die Freisprechung des Angeklagten.

Anklage wider den Arbeiter Friedrich August  
Wichmann von hier wegen Raubes.

Wichmann ist beschuldigt, am 17. August in Gemeinschaft mit einem Andern auf dem „Deutschen Berge“ bei Kresdow dem Arbeiter Karl Krüger ein Portemonnaie mit 4 Mark 50 Pf. mit Gewalt fortgenommen zu haben. Wichmann giebt zu, mit Krüger an dem genannten Tage am „Deutschen Berge“ zusammen gewesen zu sein, er bestritt jedoch, diesem ein Portemonnaie geraubt oder ihn gemißhandelt zu haben, während Krüger behauptet, in erbseliger Weise geschlagen zu sein. Nach längerer Beweisaufnahme gaben die Geschworenen ihr Verdict auf Schuld des Raubes ab, doch wurden dem Angeklagten mildernde Umstände bewilligt. Der Gerichtshof erkannte demgemäß auf 1 Jahr 6 Monate Gefängniß und 2 Jahre Ehrverlust.

## Theater, Kunst und Literatur.

Themer für heute. Bellevue theater:  
"Der Hofnagel." Romantisch-komische Operette.

## Gemischte Nachrichten.

— Unter der Spitzmarke: „Die Roulette auf dem Scheiterhaufen“ wird der „B. Alg. Ztg.“ aus Helgoland geschrieben: „Am Donnerstag war an zwei der besuchtesten Stellen unserer Insel folgender Anschlag angeheftet: „Öffentliche Bekanntmachung. Da gewisse Personen schuldig befunden wurden, gegen die Geseze dieser Kolonie Hazard spiele getrieben zu haben, so sind die genannte Personen durch den Gerichtshof Sr. Excellenz des Herrn Gouverneurs jeder zu einer Strafe von 50 Pfund Sterling verurtheilt worden, mit Ausnahme des Eigentümers des Hauses, welcher einer Strafe von 100 Pfund Sterling verfallen ist. Das im Spielzimmer vorgefundene Geld ist konfisziert und die genannten Personen sind von der Insel verwiesen worden. Auf Befehl des Herrn Gouverneurs sollen ferner die vorgefundenen Spielgeräthschaften Sonnabend, den 28. Mai, um 2 Uhr Nachmittags, am Stande gegenüber dem Hause des Polizei-Magistrats, öffentlich verbrannt werden. Court of Session, 25. Mai 1887. Im Auftrage des Gouverneurs: (gez.) Lädke, Gouvernements-Sekretär.“ Die Verbrennung fand auch zur bezeichneten Stunde statt. Das Postament des Scheiterhaufens, welcher am Strande der Nordsee errichtet worden, bildeten in einem Quadrat zusammengelegte Steine, in deren Zugen eiserne Klammern, ähnlich wie solche von Zimmerleuten bei Bauernrüsten verwendet werden, eingefügt waren. Das hierauf gelegte, aus Hobelspänen und kleinem Holze bestehende Brennmaterial war mit Theer getränkt. Punkt 2 Uhr wurden die Spielgeräthschaften, und zwar eine fein eingelegte Roulette mit dem nöthigen Zubehör, deren Werth Renner auf mindestens 200 Thaler schätzen, dann das grüne Tuch nebst Spielsarten, sowie ein großer Koffer, welcher das Ganze enthalten hatte, herbeigebracht. Diese Gegenstände, vorher mit einem Beile möglichst zerstückelt, wurden nun dem Scheiterhaufen überliesert und mit demselben unter Anwesenheit der zahlreich versammelten Badegäste in Brand gestekt.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

### Telegraphische Depeschen.

Wesentlich, 8. Juni. Die „Wesentlich-  
ger Zeitung“ meldet: Auf der Zee „Sibernia“  
sind in der vergangenen Nacht 12 1/2 Uhr eine  
Explosion schlagender Wetter statt. Bis 7 Uhr  
Morgens waren 28 Tote zu Tage gefördert.  
Man nimmt an, daß mehr als 60 Bergleute  
ums Leben gekommen sind.

Gelsenkirchen, 8. Juni. Nach weiteren Meldungen der „Gelsenkirchener Zeitung“ sind auf der Zeche „Hibernia“ nunmehr 41 Tödtte zu Tage gefördert und befinden sich noch 12 Tödtte in der Grube.

Dresden, 8. Juni. König Albert und Königin Karola sind heute Nachmittag 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr von Sibyllenort hierher zurückgekehrt und nehmen morgen am Frohnleichnamsfeste Theil. Am 15. Juni ist Besuch der Herrschaften in Leipzig zum im Krystallpalast stattfindenden Albertsfeste angesetzt.

Inngolstadt, 8. Juni. Bei der Reichstags-Ergebniswahl im 4. oberbayerischen Wahlkreis, an Stelle des verstorbenen Baron Aretin, ist nach den bisher vorliegenden Resultaten die Wahl des Brauereibesizers Pöschel (Zentrum) als zweifellos zu betrachten.

Wien, 8. Juni. Das dänische Königspaar reist heute Abend mit der Nordwestbahn über Leipzig-Lübeck nach Kopenhagen zurück.

Wien, 8. Juni. Auf dem Prager Postamt wurde ein aus Wien abgesendetes Paket, welches 52,000 Gulden enthielt, gestohlen. Die Untersuchung blieb bisher ergebnislos.

Wien, 8. Juni. Der „Pester Lloyd“ meldet, im Schoße der bulgarischen Regierung bestände Uneinigkeit. Die radikalen Minister wollten die konservativen verdrängen; namentlich Raschewitsch und Stollow würden gehen. Die Bestätigung bleibt abzuwarten.

Segeheim, 7. Juni. Die Gemeinde Zoel-  
dial mit ihrem ganzen Gebiete ist vom Hoch-  
wasser überfluthet; die meist aus Lehm gebauten  
Häuser sind zum größten Theil bereits zerstört.  
Der Ort Zele ist zwar von den Fluthen noch  
nicht erreicht, doch steht die ganze Flur bereits  
unter Wasser. An der Rettung des Ortes wird  
mit äußerster Anstrengung gearbeitet; es ist je-  
doch nur geringe Aussicht auf Erfolg.

Brüssel, 8. Juni. Das Königspaar reist zu der Jubiläumsfeier der Königin Viktoria nach London.

Paris, 8. Juni. Nach dem „Intransigeant“ hätte bei einem gestrigen großen Zapfenstreich in Belfort eine imposante Boulanger-Demonstration stattgefunden.

Madrid, 8. Juni Vorgestern fand in der Provinz Granada ein Erdbeben statt.

In Vitoria, Malaga und Valencia wurden militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen.

# Wasserstands-Bericht.

Ob der bei Breslau, 7. Juni, 12 Uhr Mittags  
Oberpegel 4.95 Meter. Unterpegel  $\pm$  0.51 Meter.

— Warthe bei Posen, 7. Juni Mittags  
2,20 Meter.